

Stichwort: Nationalismus

Im Interesse der Klarheit

Nationalismus, Rassismus, Feminismus, Sexismus, Internationalismus sind keine Begriffe, die eine definierte gesellschaftliche Realität bezeichnen. Sie sind historisch entstanden als Reaktion auf politisch-gesellschaftliche Entwicklungen, für deren Tendenzen man »gemeinsame Nenner« suchte, oder gegen deren gemeinsame Tendenzen man sich zu wehren versuchte. Meine kleine Umschau zu Begriffen aus der gegenwärtigen Hitliste politisch instrumentalisierte Begriffe wendet sich heute dem »Nationalismus« zu.

Im 18./19. Jahrhundert berief sich niemand auf den »Nationalismus«, sondern die unterschiedlichsten politischen Akteure auf die »Nation«. Den Nationalismus haben Historiker als Begriff entwickelt, die nach Linien historischer Entwicklung suchten, die in 2. Weltkriege geführt haben. Der eine Gemeinsamkeit benennende abstrakte Begriff des Nationalismus als quasi-theoretische Grundlegung für einen Zeitabschnitt ist kein ausreichender Beleg für einen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang Nationalismus → Nation → Krieg/Vernichtung. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf Arbeiten zur Nationenbildung u. a. von Ernest Gellner, Antony Giddens, Eric Hobsbawm und diesbezügliche Überlegungen von Immanuel Wallerstein.

Die »Nation« tritt in die Welt

Zu Beginn der Neuzeit bezeichnete das Wort »Nation« die regionale und damit verbunden auch die sprachliche Herkunft der Menschen, die in feudal und monarchisch definierten staatlichen Einheiten unterwegs waren. Als sich, angetrieben durch die Reformation und die sich anschließenden Religionskriege, neue staatliche Strukturen bildeten, in aller Regel absolute Monarchien mit mehr oder weniger ausgedehnten Herrschaftsgebieten, blieb dieser Begriff der Nation als Bezeichnung einer Herkunft erhalten.

Die Französische Revolution leitete einen Begriffswandel ein. La Grande Nation wurde zum Inbegriff einer neuen Art von Gemeinschaftlichkeit ohne monarchische, feudale und kirchliche Privilegien. Eine großartige Nation deren fortschrittliche Werte ein ebenso großartiger zum Kaiser avancierter Revolutionsgeneral mit Unterstützung zahlreicher Freiwilliger zum europäischen Standard machen wollte. Bekanntermaßen scheiterte dieses Projekt spätestens 1812 vor Moskau. Den Herrschaften der von der Revolution unterjochten Völker gefiel es nun, statt weiter unter sich um Territorien zu streiten, sich gemeinsam gegen die radikale Veränderung der Herrschaftsverhältnisse zu wehren. In Italien und Deutschland entstanden nationale Bewegungen, die jedoch in sich keineswegs geschlossen waren: Während die einen bestrebt waren, Nationen auf der Grundlage der revolutionären Losung »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« zu schaffen, bemühte sich die feudal gestützte monarchische Herrschaft um die Stiftung von Gemeinsamkeit auf der Grundlage der bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Wohlmerkt: Beide Fraktionen beriefen sich auf den Begriff der Nation. Auch die jüdischen Gemeinden Europas spalteten sich entlang dieses Unterschieds zwischen einer Fraktion, die emanzipativ orientierte Teilhabe an den Nationen anstrebte und einem traditionalistisch-orthodoxen Flügel, der die Eigenständigkeit des Judentums betonte und eine Assimilation befürchtete, die wesentliche Glaubensbestandteile infrage stellen könnte .¹

Die unterschiedlichen Entwicklungen in den europäischen Staaten seien jetzt außer Acht gelassen. In Zusammenhang mit dem Zerfall von Großreichen, Vielvölkerstaaten wie

¹ Letztere Fraktion führte zur Entwicklung des Zionismus, der nicht allein religiös begründet ist, sondern eben auch die Vorstellung von einer jüdischen Nation beinhaltet. Eine Vorstellung, die gerade von vielen orthodoxen Juden nicht geteilt wird, weil sie den mythischen Begriff von Zion in einen weltlichen überträgt.

Zarenreich/Sowjetunion, Österreich-Ungarn und Osmanischem Reich wurde immer wieder der Bezug zur Nation bemüht. Manchmal mit einem emanzipatorischen, bürgerlich-integrativen Akzent, manchmal verbunden mit einem autoritären Akzent mit vereinheitlichenden Zwängen und/oder Ausschließung von Minderheiten. .

Nationen heute

Das Konzept der Nation und des Nationalstaates begleitet uns bis heute - in beiden Formen: mit einem Bezug zu Emanzipation und Selbstbestimmung und mit autoritär-herrschaftlicher, nach innen und außen aggressiver Tendenz. In allen Nationalstaaten streiten sich seit inzwischen mehr als 2 Jahrhunderten politische Kräfte um die Durchsetzung eines emanzipativ-bürgerlichen oder eines autoritären Staatsverständnisses. Bezugnehmend zur jüdischen Debatte um Emanzipation und Assimilation des 19. Jahrhunderts kann in Bezug auf die heutige Situation mit guten Gründen behauptet werden, dass die gegenwärtige Politik des 1948 gegründeten Nationalstaates Israel nicht (mehr) von einer auf Emanzipation, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung aller Bewohner des Territoriums bestimmt wird.

Heute sind 193 Nationalstaaten, z. T. mit zentralistisch, z. T. mit föderalistischer Gliederung Mitglied der Vereinten Nationen. Wer auch immer die von der Staatengemeinschaft anerkannte Nationalstaatlichkeit, das Konzept des Nationalstaats selbst, infrage stellt und als »nationalistisch« denunziert, stellt die Berechtigung und die Fähigkeit friedenssichernder Maßnahmen und die territoriale Sicherheit aller Staaten dieser Staatengemeinschaft in Frage. Zu einem Zeitpunkt, zu dem 10 % + x der Weltbevölkerung hungern und ca. 1 % gezwungen ist, die gewohnten Heimstätten zu verlassen, kann nicht einmal ansatzweise davon gesprochen werden, dass eine übernationale friedliche, gemeinsame Weltordnung gleichberechtigter, ordentlich versorgter Bürger vor der Tür stünde.

Das wirft die Frage auf, wem damit gedient ist, wenn allenthalben der Überwindung des »Nationalismus« das Wort geredet wird. Begriffe werden schnell zu Elementen des Herrschaftswissens, zu Werkzeugen der Machtausübung, der ideologischen Auseinandersetzung, wenn man sie des Bezugs beraubt zu den realen gesellschaftlichen und materiellen Bedingungen unter denen sie entstanden sind.

Weder die alten Nationalstaaten Europas noch die USA, Brasilien oder Kanada entstanden als Gründungen selbstbestimmter Kollektive ansässiger Menschen. Sie entstanden »von oben«, entweder auf der Grundlage der Vereinigung monarchisch, dynastisch bestimmter Herrschaftsgebiete oder im Rahmen von militärisch durchgesetzten, kolonialen Gebietsansprüchen bürgerlicher Staaten. Erst im 19. Jahrhundert kamen die Nationalismen auf, als Konzept, das sich auf die Konstruktion einer gemeinsamen Geschichte richtet und existierende Sprachgemeinschaften berücksichtigt. Erst im 20. Jahrhundert wurden nationalistische Konstruktionen wirksam, die eine Verselbstständigung, Ausgliederung aus Großreichen, und in der Folge Selbstbestimmung beinhalteten, weil sich in Europa die Großreiche Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich nicht mehr halten konnten. Auch in Irland stießen nationale Unabhängigkeitsbestrebungen auf Widerhall. Der Zerfall der Sowjetunion wurde durch die Berufung auf nationale, in weiten Teilen sogar nationalistische Konzepte beschleunigt, gegen die unsere Nationalismuskritischen, aufgeklärten, bürgerlich-demokratischen Parteien nicht das Geringste einzuwenden hatten und haben.

Die meisten der heute bestehenden 196 Nationalstaaten wurden eben nicht von Nationalisten gegründet und/oder territorial bestimmt, sondern auf Grundlage der Interessen der wirtschaftlich starken europäischen Mächte geschaffen und militärisch durchgesetzt. Nationalismus und Rassismus des 19. Jahrhunderts dienten der Legitimierung eines industriellen Modernisierungsschubs, der dem gegenwärtigen nicht unähnlich war: Die Kolonialstaaten

gerierten sich als fortschrittliche Heilsbringer. Die physische Vernichtung widerständiger Teile der unterjochten Gegenden war an der Tagesordnung. Es ist der 1948 erfolgten juristischen Definition des Straftatbestandes des Völkermordes geschuldet, dass alle dem nazistischen Morden vorangegangenen Völkermorde z. B. an den Hereros, den First Nations, den Armeniern, den Chinesen [Auflistung unvollständig] nicht als Völkermorde angesehen werden.

Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstandenen faschistischen Bestrebungen in Europa werden von weniger ideengeschichtlich als materialistisch orientierten Historikern als nachholende Modernisierung der in Produktion und Infrastruktur rückständigen oder wirtschaftlich zurückgefallenen Nationalstaaten angesehen.

Das im 19. Jahrhundert auf großen Zuspruch stoßende Konzept der Nation ist also grundsätzlich offen: offen für eine Tendenz zum Zusammenschluss, zur territorialen Erweiterung und offen für eine Tendenz zur Verselbständigung, Selbstbestimmung. Welche dieser beiden Tendenzen sich dauerhaft erfolgreich durchsetzt, bestimmen ökonomische Interessen, wirtschaftliche Stärke und leider manchmal auch militärische Kräfteverhältnisse. Wer aktuell grundsätzliche Kritik übt am »Nationalismus«, ohne genauestens zu betrachten, wer in wessen Interesse diese Denkfigur strapaziert, muss in der Folge zu falschen politischen Schlussfolgerungen kommen. Wie andere Abstraktionen mit historisch-gesellschaftlichem Bezug hat der Begriff des Nationalismus ein sehr hohes ideologisches Potential, das mit großer Beliebigkeit in jedermanns Interesse manipulativ einsetzbar ist.

Meine These:

Der Begriff »Nationalismus« wird gegenwärtig einerseits benutzt, um im Interesse des sich weltweit, global durchsetzenden Kapitalismus lokale, regionale, von unten in Gang gebrachte Prozesse als rückwärtsgewandt zu denunzieren. Im Rahmen der globalen Durchsetzung von Kapitalinteressen wird nämlich die demokratisch legitimierte Rechtsetzung auf nationalstaatlicher Ebene ersetzt. Nichtöffentlich verhandelnde Schiedsgerichte der Besitzer von Banken und Konzernen und der von ihnen bestellten Juristen sollen nationalstaatliche, parlamentarisch-demokratisch bestimmte Rechtssysteme ersetzen. Andere Kapitalfraktionen, Überbleibsel des Zeitalters mit fast ausschließlich industrieller Wertschöpfung, verwenden den Bezug zu vorgeblich nationalen Interessen um ihre Durchsetzungsfähigkeit bei Wahlen zu steigern. Entgegen ihren eigenen Interessen verbünden sich die Modernisierungsverlierer sowohl der Kapitalseite als auch der Seite der Arbeit. Eine Strategie des getrennt Marschierens, vereint Schlagens, sichert die Macht des Kapitals.

Wachstum und territoriale Größe

Die Schaffung immer größerer Wirtschaftseinheiten liegt im Interesse des Kapitalismus, im Interesse der Sicherung wachsender Profite. Es ist zumindest fraglich, ob Menschen, denen man

erlaubt mitzubestimmen, was in welchen Mengen produziert wird, dabei mitmachen würden, den umweltvernichtenden Wildwuchs und Raubbau an den begrenzten Ressourcen weiter voranzutreiben. Die herrschende Wirtschaftsweise hat die Menschen nämlich erst zu denjenigen gemacht, die sie angeblich »von Natur aus« sind: arbeitsam über den aktuellen eigenen Bedarf hinaus, von Ehrgeiz zerfressen und missgünstig gegenüber den Mitmenschen, die als Konkurrenz wahrgenommen werden. Heinrich Böll greift in der Geschichte vom Touristen und dem Fischer eine Vorstellung vom Leben auf, die bis zur Industrialisierung die gängige war: Arbeiten um zu leben, statt leben um zu arbeiten. Die Menschen in die dunklen, verrauchten und lauten Fabriken zu zwingen, war alles andere als ein Akt der Nächstenliebe und es dauerte Jahrzehnte, bis diejenigen, denen solcherart Gewalt angetan worden war, sich Löhne erkämpft hatten, die es ihnen erlaubten, einen der Baumwollbettbezüge zu kaufen, die sie selbst in den Maschinenwebereien herstellten. Schon damals beruhte der neue, relative Wohlstand auf der gnadenlosen Ausbeutung in den Baumwollplantagen anderer Weltgegenden.²

Die Gründung der EU war ein konkurrenzbedingter, marktwirtschaftlich begründeter Zusammenschluss. Auch wenn viele Menschen - zugegebenermaßen auch ich - der Rhetorik der in der Nachkriegszeit herrschenden Generation glaubten: Im Vordergrund des Interesses der europäischen Regierungen bei Gründung der EWG stand sicher nicht der von den Protagonisten de Gaulle und Adenauer beschworene Frieden. Im Vordergrund stand zunächst die gemeinsame Sicherung der Marktmacht bei Kohle und Stahl und später die Schaffung eines Wirtschaftsraumes, der einen Warenaustausch ohne Zollschränken ermöglichen sollte und so Konkurrenzfähigkeit und wachsenden Umsatz der europäischen Produkte sichern gegenüber denen aus den USA. Nur in den Siebzigern des vergangenen Jahrhunderts gelang es einer Mehrheit sozialdemokratischer Regierungen in Europa in der Europäischen Gemeinschaft auch soziale Rechte und einen wirtschaftlichen Ausgleich zwischen reichen und armen EU-Regionen durchzusetzen. Dieses ansatzweise soziale Zwischenspiel und die erste Direktwahl der Europaabgeordneten 1979 war möglicherweise auch der Absicht geschuldet, die Europäische Gemeinschaft zügig zu erweitern. Ohne soziale Elemente und eine Verankerung zumindest symbolischer demokratischer Repräsentanz hätten womöglich schon in diesen Anfängen die Bewohner der Nationalstaaten die Gefolgschaft verweigert. Dass - genau wie die Vereinigung von monarchischen Herrschaftsbereichen - die Zusammenführung von demokratisch organisierten Nationalstaaten ein Herrschaftsprojekt war und ist, alles andere als ein demokratisch selbstbestimmtes, hätte man nicht besser verschleiern können.

Spätestens mit dem Amtsantritt von Margaret Thatcher wandelte sich der europäische Einigungsprozess schrittweise in das entschieden neoliberale Projekt, das die EU heute darstellt. Das Ende des sozialistischen Blocks hat die weltweite Ausbreitung und Durchsetzung der Interessen der Herrschenden ermöglicht und so sind wir heute in eine Welt gestellt, die von umfassender Grenzenlosigkeit geprägt ist. Grenzenlosigkeit ist auch verbunden mit einem Gefühl der Schutzlosigkeit - sowohl im Umgang mit den Mitmenschen als auch mit Nachbarterritorien. Die Grenze zum Nachbargrundstück sichert den eigenen Anspruch auf ein unverschattetes Gemüsebeet, wenn die Bäume des Nachbarn immer höher wachsen. Die von allen geteilten guten Sitten, das Recht eines Landes, weisen denjenigen in die Schranken, der mich übervorteilen will. Aufgabe der Herrschaft ist es, übrigens erst seit einer historisch relativ kurzen Zeitspanne einer gewählten Herrschaft, für meinen Wohlstand zu sorgen und mich und meinen kümmerlichen Besitz vor räuberischen Einfällen zu schützen, seien es Wölfe, Diebe oder seltsam anmutende Menschen.

Fest im kollektiven Gedächtnis der Untertanen verankert dürfte sein, dass territoriale

² Siehe auch <https://www.welt.de/kultur/literarischewelt/article132744057/Der-Stoff-aus-dem-der-Kapitalismus-ist.html>

Erweiterungen

- erkämpft werden mit tausendfachem Tod derjenigen, die diese Erweiterungen mit Waffen durchsetzen müssen
- in erster Linie dem Machtzuwachs und der Steigerung des Wohlstandes der Herrschenden dienen
- die Sicherheit vertrauter Machtverhältnisse und Beziehungsgeflechte aufbrechen und deshalb auch im individuellen Interesse nutzbare Beziehungen gefährden

und

- die neue, weiter entfernt angesiedelte Macht keine Rücksicht nimmt auf lokale Bedürfnisse, Sitten, Bräuche, auf religiöses Brauchtum, die Einhaltung gewohnter Feiertage usw.

Dieses tiefe kollektive Gedächtnis wird z. B. auch dann wirksam, wenn Kommunen, und Gebietskörperschaften zusammengelegt werden. Die territoriale Vergrößerung eines Verwaltungsrayons wird in aller Regel als Verlust empfunden: Verlust an Übersichtlichkeit, Verlust an bürgerlicher Mitsprache, Verlust an Möglichkeiten die Geschicke des eigenen Wohnorts zu beeinflussen.

Die Instrumentalisierung einer historischen Abstraktion

Seit etwa 250 Jahren legitimiert die Rede von der Nation Unterdrückung und Massenvernichtung genauso wie den Aufbruch in eine selbstbestimmte Zukunft. Wer diese dem Begriff innewohnende Ambivalenz verkürzt auf einen Nationalismusbegriff, der nichts anderes reflektiert als die Erinnerung an vergangene Gemetzel verewigt den Legitimationsmechanismus der Kriege und verhindert einen auf Frieden gerichteten Dialog.

Eines der Konzepte, die die politischen Kräfte der vergangenen 2-3 Jahrhunderte mit bestimmt haben, ist genau diese ambivalente Vorstellung der Nation. Sie verbindet den Rechtsanspruch, sich selbst als Kollektiv zu definieren mit dem Anspruch das angenommene kollektive Wertesystem, die idealtypisch formulierte gemeinsame Kultur auf einem eigenen Territorium frei von Fremdbestimmung leben, ausleben zu dürfen.

Unser freiheitlich westliches Wertesystem, wie es die politische Kaste jeglicher Couleur gerne nennt, genauso wie die von ihr beschäftigte Journaille, bewertet vor diesem Hintergrund auf das Nationale bezogene politische Bestrebungen durchgängig mit zweierlei Maß. Das gelingt, indem man wahlweise das Recht auf nationale Selbstbestimmung oder die autoritäre Unterdrückung sprachlicher, kultureller Minderheiten in den Vordergrund stellt.

Einige Beispiele seien hier aufgeführt und inhaltlich angerissen.

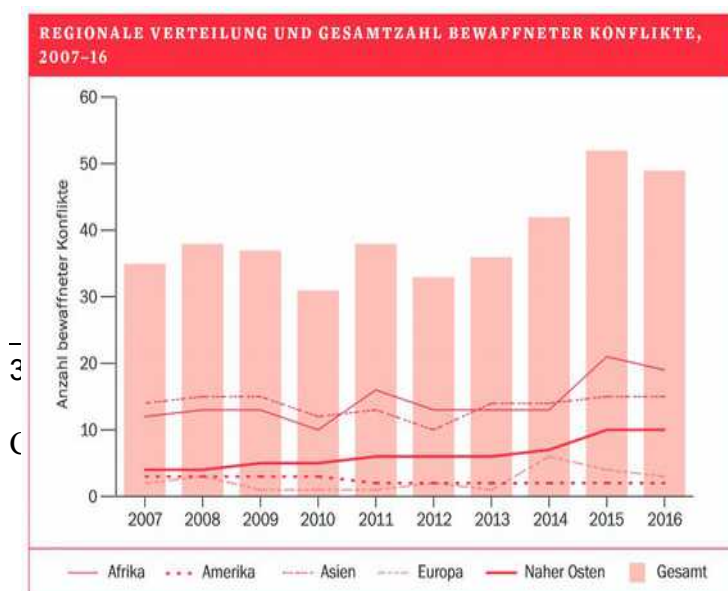
- Obwohl das letzte der europäischen Vertragswerke, der Lissabon-Vertrag keine Austrittsklausel beinhaltet, werden mit einer konservativen britischen Regierung, die sich politisch vergaloppiert hat, Verhandlungen über einen EU-Austritt Großbritanniens geführt. Gleichzeitig wird eine schottische nationale Bewegung, die für ihr Territorium Schottland das neoliberale europäische Regime im Interesse der Benachteiligten beschränken will eines quasi irren Separatismus bezichtigt.
- Im Auftrag der Zentralmacht „Europäische Kommission“ wird der nächsten Zentralitätstufe, der spanischen Zentralregierung, alles erlaubt bis hin zur gewalttätigen Zerschlagung von Demonstrationen um ein selbstbestimmtes Katalonien zu verhindern. Wer will sich die Entscheidung anmaßen, ob das nationale Selbstbestimmungsrecht beginnt auf der Ebene von 7,532 Katalanen – die katalanisch sprechende Minderheit in Frankreich lassen wir jetzt mal außen vor – oder auf der Ebene der durch die Vertreibung der Mauren begründeten Vereinigung der beiden spanischen Königreiche Kastilien und Aragon, die heute als spanischer Nationalstaat firmiert.

- Trotz eines mehrfach nachdrücklich erklärten gemeinsamen Vorhabens einer gemeinsamen Außenpolitik der EU-Mitgliedsländer - es gibt eine Verantwortliche, Frau Friderica Mogherini Kommissionsmitglied, Hohe Vertreterin der Europäischen Union, also so etwas wie eine EU-Außenministerin – gelingt es seit mehreren Jahren nicht, eine abgestimmte Politik zur Sicherung der Rechte Geflüchteter lt. Genfer Konvention zu erarbeiten, geschweige denn eine solche für alle 28 Mitgliedsstaaten verbindlich durchzusetzen. Offensichtlich gibt es nach ca. 60 Jahren Projektentwicklung unter dem Arbeitstitel „Vereinigte Staaten von Europa“ keine beschreibbare Zwischenetappe, die man mit den vollmundigen Erklärungen sog. Europa-Politiker in Beziehung setzen könnte. Nationale Interessen - zunehmend die deutschen, und nationale Umsetzungen bestimmen nach wie vor die Entwicklung des Zusammenschlusses.
- Der von alt- und neofaschistischen Kräften beeinflusste, vielleicht sogar dominierte, sog. Euromaidan erreichte 2014 in der Ukraine die Freilassung der gleichermaßen neoliberal wie national antirussisch ausgerichteten Politikerin Julija Tymoschenko, einer gelinde gesagt etwas schillernden Figur. Solange gesichert ist, dass eine zuverlässig neoliberale und antirussische Politik betrieben wird, ist jeglicher Nationalismus für unsere Globalisierer akzeptabel. Polen und Ungarn übertreiben es zur Zeit ein bisschen, aber nicht so weit, dass ihre Politik in der Tradition der Kollaboration mit den Nationalsozialisten zwischen 1939 bzw. 1941 ernsthafte Folgen zeitigen würde.

Wer im Jahre 2018 „Nationalismus“ kritisiert, hat an dessen neoliberaler Ausprägung nicht unbedingt etwas auszusetzen. Nicht einmal an der fundamental-islamischen Version Saudi-Arabiens oder der offiziell konstitutionell genannten Monarchie des Königreichs Marokko. Kritik am Nationalismus ist eine moralisch positiv unterlegte wohlfelige Möglichkeit, die zunehmende materielle Ungleichheit aus dem politischen Horizont zu verbannen.

Die Erinnerung an den in Europa und Japan ab 1920 zur Herrschaft gelangten Faschismus - der entgegen gängigen Vorstellungen nicht bloß bis 1945 regierte, sondern bis 1975³ - wird instrumentalisiert, um den Widerstand gegen den aktuellen Modernisierungsschub des Kapitalismus als »Nationalismus« denunzieren und damit in die Nähe faschistischer Bestrebungen des vergangenen Jahrhunderts rücken. Dabei war und ist gerade der Wille der Regierenden eine wirtschaftliche Modernisierung gegen die Bevölkerung durchzusetzen ein wesentliches Merkmal des Faschismus.

Es gibt Gründe, die Maßnahmen, die gegenwärtig ergriffen werden um der industriellen Modernisierung zum Durchbruch zu verhelfen zumindest als autoritären Kapitalismus zu bezeichnen, wenn nicht sogar als faschistoid oder profaschistisch: Forderungen nach staatlicher Subventionierung der digitalen Infrastruktur für die als Industrie 4.0. bezeichneten Veränderungen in Produktion, Distribution und Konsumtion; gewaltsames polizeilichen Vorgehen gegen internationalistische Kritiker dieser Entwicklung; geheimdienstliche Überwachung dieser Kritiker und Ausweitung des militärisch-industriellen Komplexes.



Nicht die als »Nationalisten« bezeichneten Teile der Linken und der LINKEN befinden sich in gefährlicher Nähe zum Faschismus, sondern die Protagonisten einer unkontrollierten,

1)

freien, globalisierten Herrschaft des Kapitals, die gegenwärtig lt. Wikipedia in mindestens 17 Ländern auch militärisch durchgesetzt werden soll. In diesem Zusammenhang sei verwiesen auf aktuell 49 bewaffnete Konflikte, die SIPRI 2017 registriert hat, von denen 22 als Bürgerkriege bezeichnet werden können. Lt. SIPRI beteiligten sich 2016 an 38 % der innerstaatlichen Konflikte ausländische Mächte. Nur an 2 dieser 49 militärischen Konflikte waren 2016 gefährliche, benachbarte Nationalstaaten beteiligt. ((Indien-Pakistan und Eritrea-Äthiopien). Die USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, die wirtschaftlich mächtigen Industriestaaten, Vertreter der westlichen Werte, spielen in diesen Konflikten alles andere als eine befriedende Rolle.⁴ Russland bleibe nicht unerwähnt. Es darf aber nicht unterschlagen werden, dass es gute Aussichten hat, wie 1917 erneut zum Weltfeind Nr. 1 gemacht zu werden.

Rang	Person	Konzern	Nettovermögen
1	Bill Gates	Microsoft	75,0 Milliarden US\$
2	Amancio Ortega	Inditex	67,0 Milliarden US\$
3	Warren Buffett	Berkshire Hathaway	60,8 Milliarden US\$
4	Carlos Slim Helu	Grupo Carso	50,8 Milliarden US\$
5	Jeff Bezos	Amazon	45,2 Milliarden US\$
6	Mark Zuckerberg	Facebook	44,6 Milliarden US\$
7	Larry Ellison	Oracle	43,6 Milliarden US\$
8	Michael Bloomberg	Bloomberg LP	40,0 Milliarden US\$
Summe reichste 8 Personen			426,2 Milliarden US\$
Ärmste 50 % der Weltbevölkerung			409,1 Milliarden US\$

Die Globalisierer wollen kein einziges rohstoffreiches Land dulden, das Partner in einem fairen Welthandel sein könnte, statt tributpflichtiger Vasall der ehemaligen Kolonialmächte. Wer weniger Rohstoffe hat und stattdessen landwirtschaftlich nutzbare Flächen, wird weltweit diplomatisch durch Freihandelsabkommen, durch Sanktionen oder wo nötig durch militärische Intervention gezwungen kleinbäuerliche Existenzen, vorhandene Subsistenzwirtschaft oder bisher ungenutzte Naturlandschaften zu

vernichten, damit sich große Handelskonzerne, Nahrungsspekulanten, die entstehende Oberschicht der Schwellenländer und örtlich herrschende Familienclans der »Unterentwickelten« gesund stoßen - zu Lasten einer rapide verarmenden Weltbevölkerung.⁵

Ausblick

Wer an die Stelle der mit friedlichen Mitteln einvernehmlich gesicherten und leidlich demokratisch organisierten Territorien, der Nationalstaaten, eine - zumindest vorläufig - fiktive Weltgesellschaft setzt⁶, unterstützt faktisch die Interessen derer, die ihr grenzenloses ausbeuterisches Geschäft betreiben wollen. Er befreit global agierende Banken und Konzerne von allen bestehenden nationalstaatlichen Zwängen der in den vergangenen beiden Jahrhunderten mühsam erkämpften Systeme sozialer Sicherheit. Verbunden mit der Grenzenlosigkeit des Kapitals ist die Schrankenlosigkeit der

4 https://www.sipri.org/sites/default/files/2017-11/yb_17_summary_de.pdf

5 <https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/2017-01-16-8-maenner-besitzen-so-viel-aermere-haelfte-weltbevoelkerung>

6 Gerhard Armanski in Arbeiterstimme 193: „Bis heute hat die Menschheit keinen Begriff von sich selbst. Die übergroße Mehrzahl denkt und lebt lokal, allenfalls regional. Es sind nur wenige Prozent, deren Bewusstsein eine globalisierte Welt um- und erfasst. Während die Globalisierung der Waren- und Geldströme ein verdichtetes Zirkulationsnetz ungeahnten Ausmaßes geschaffen hat, reißen sich erst jetzt Menschen in großer Zahl von ihren Lebensräumen los bzw. werden durch Krieg und Not von ihnen fort getrieben.“

Ausbeutung.

Ob es gerechtfertigt ist, den Menschen faschistoide Denkweisen zu unterstellen, die diese Lage für bedrohlich halten in Bezug auf ihre eigene materielle Existenz? Selbst wenn dem so wäre: Welche Maßnahmen wären geeignet, sie für eine aktive Vertretung ihrer Interessen auf deutschem Territorium zu gewinnen und zu mobilisieren? Ganz bestimmt nicht moralisch begründete Abwertung sondern engagierter Einsatz für ihre materielle Sicherheit, den Schutz vor Verarmung.